

- (11) 2. die nachfolgende Einleitung. Die ständigen Änderungen können durch die Änderungen aufgetrennten Parteien und Beständen sind bei der Beschriftung des Protokolls hinter den Besonderen in Klammern gesetzt worden.
- (12) Lediglich das 2. wurde durch B. die Umstände, die durch A. B. C. D. E. F. G. H. I. J. K. L. M. N. O. P. Q. R. S. T. U. V. W. X. Y. Z. AA. AB. AC. AD. AE. AF. AG. AH. AI. AJ. AK. AL. AM. AN. AO. AP. AQ. AR. AS. AT. AU. AV. AW. AX. AY. AZ. BA. BB. BC. BD. BE. BF. BG. BH. BI. BJ. BK. BL. BM. BN. BO. BP. BQ. BR. BS. BT. BU. BV. BW. BX. BY. BZ. CA. CB. CC. CD. CE. CF. CG. CH. CI. CJ. CK. CL. CM. CN. CO. CP. CQ. CR. CS. CT. CU. CV. CW. CX. CY. CZ. DA. DB. DC. DD. DE. DF. DG. DH. DI. DJ. DK. DL. DM. DN. DO. DP. DQ. DR. DS. DT. DU. DV. DW. DX. DY. DZ. EA. EB. EC. ED. EE. EF. EG. EH. EI. EJ. EK. EL. EM. EN. EO. EP. EQ. ER. ES. ET. EU. EV. EW. EX. EY. EZ. FA. FB. FC. FD. FE. FF. FG. FH. FI. FJ. FK. FL. FM. FN. FO. FP. FQ. FR. FS. FT. FU. FV. FW. FX. FY. FZ. GA. GB. GC. GD. GE. GF. GG. GH. GI. GJ. GK. GL. GM. GN. GO. GP. GQ. GR. GS. GT. GU. GV. GW. GX. GY. GZ. HA. HB. HC. HD. HE. HF. HG. HH. HI. HJ. HK. HL. HM. HN. HO. HP. HQ. HR. HS. HT. HU. HV. HW. HX. HY. HZ. IA. IB. IC. ID. IE. IF. IG. IH. II. IJ. IK. IL. IM. IN. IO. IP. IQ. IR. IS. IT. IU. IV. IW. IX. IY. IZ. JA. JB. JC. JD. JE. JF. JG. JH. JI. JJ. JK. JL. JM. JN. JO. JP. JQ. JR. JS. JT. JU. JV. JW. JX. JY. JZ. KA. KB. KC. KD. KE. KF. KG. KH. KI. KJ. KL. KM. KN. KO. KP. KQ. KR. KS. KT. KU. KV. KW. KX. KY. KZ. LA. LB. LC. LD. LE. LF. LG. LH. LI. LJ. LK. LL. LM. LN. LO. LP. LQ. LR. LS. LT. LU. LV. LW. LX. LY. LZ. MA. MB. MC. MD. ME. MF. MG. MH. MI. MJ. MK. ML. MM. MN. MO. MP. MQ. MR. MS. MT. MU. MV. MW. MX. MY. MZ. NA. NB. NC. ND. NE. NF. NG. NH. NI. NJ. NK. NL. NM. NO. NP. NQ. NR. NS. NT. NU. NV. NW. NX. NY. NZ. OA. OB. OC. OD. OE. OF. OG. OH. OI. OJ. OK. OL. OM. ON. OO. OP. OQ. OR. OS. OT. OU. OV. OW. OX. OY. OZ. PA. PB. PC. PD. PE. PF. PG. PH. PI. PJ. PK. PL. PM. PN. PO. PP. PQ. PR. PS. PT. PU. PV. PW. PX. PY. PZ. QA. QB. QC. QD. QE. QF. QG. QH. QI. QJ. QK. QL. QM. QN. QO. QP. QQ. QR. QS. QT. QU. QV. QW. QX. QY. QZ. RA. RB. RC. RD. RE. RF. RG. RH. RI. RJ. RK. RL. RM. RN. RO. RP. RQ. RR. RS. RT. RU. RV. RW. RX. RY. RZ. SA. SB. SC. SD. SE. SF. SG. SH. SI. SJ. SK. SL. SM. SN. SO. SP. SQ. SR. SS. ST. SU. SV. SW. SX. SY. SZ. TA. TB. TC. TD. TE. TF. TG. TH. TI. TJ. TK. TL. TM. TN. TO. TP. TQ. TR. TS. TU. TV. TW. TX. TY. TZ. UA. UB. UC. UD. UE. UF. UG. UH. UI. UJ. UK. UL. UM. UN. UO. UP. UQ. UR. US. UT. UY. UZ. VA. VB. VC. VD. VE. VF. VG. VH. VI. VJ. VK. VL. VM. VN. VO. VP. VQ. VR. VS. VT. VU. VV. VW. VX. VY. VZ. WA. WB. WC. WD. WE. WF. WG. WH. WI. WJ. WK. WL. WM. WN. WO. WP. WQ. WR. WS. WT. WU. WV. WW. WX. WY. WZ. XA. XB. XC. XD. XE. XF. XG. XH. XI. XJ. XK. XL. XM. XN. XO. XP. XQ. XR. XS. XT. XU. XV. XW. XX. XY. XZ. YA. YB. YC. YD. YE. YF. YG. YH. YI. YJ. YK. YL. YM. YN. YO. YP. YQ. YR. YS. YT. YU. YV. YW. YX. YZ. ZA. ZB. ZC. ZD. ZE. ZF. ZG. ZH. ZI. ZJ. ZK. ZL. ZM. ZN. ZO. ZP. ZQ. ZR. ZS. ZT. ZU. ZV. ZW. ZX. ZY. ZZ.

Die Zeit nach der mißlungenen Märzaktion 1921 im mitteldeutschen Industriegebiet wurde von der KAPD in zweifacher Hinsicht genutzt. Zum einen wurde in den Versammlungen der Ortsgruppen, (1) in den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke (2), in den Sitzungen des Zentralausschusses (3) und des Geschäftsführenden Hauptausschusses (4) das taktische Vorgehen der Partei im Zusammenhang mit dem am 19.3.1921 begonnenen Einmarsch bewaffneter Kräfte der Berliner Sicherheitspolizei in das mitteldeutsche Industriegebiet und dem daraufhin von der VKPD und KAPD am 21.3. 1921 ausgerufenen Generalstreik einer Bestandsaufnahme unterzogen. (5) Hierbei stand die Arbeit des von beiden kommunistischen Parteizentralen in Berlin gebildeten Gemeinsamen Kampfausschusses, die sich im wesentlichen auf die Agitation im umkämpften mitteldeutschen Gebiet beschränkte, das unter mangelnder Kooperation leidende Zusammenwirken von VKPD und KAPD-Vertretern in Gemeinsamen Aktionsausschüssen im Kampfgebiet, die hieraus resultierenden militärisch-or-

Einleitung

Die Zeit nach der mißlungenen Märzaktion 1921 im mitteldeutschen Industriegebiet wurde von der KAPD in zweifacher Hinsicht genutzt. Zum einen wurde in den Versammlungen der Ortsgruppen, (1) in den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke (2), in den Sitzungen des Zentralausschusses (3) und des Geschäftsführenden Hauptausschusses (4) das taktische Vorgehen der Partei im Zusammenhang mit dem am 19.3.1921 begonnenen Einmarsch bewaffneter Kräfte der Berliner Sicherheitspolizei in das mitteldeutsche Industriegebiet und dem daraufhin von der VKPD und KAPD am 21.3. 1921 ausgerufenen Generalstreik einer Bestandsaufnahme unterzogen. (5) Hierbei stand die Arbeit des von beiden kommunistischen Parteizentralen in Berlin gebildeten Gemeinsamen Kampfausschusses, die sich im wesentlichen auf die Agitation im umkämpften mitteldeutschen Gebiet beschränkte, das unter mangelnder Kooperation leidende Zusammenwirken von VKPD und KAPD-Vertretern in Gemeinsamen Aktionsausschüssen im Kampfgebiet, die hieraus resultierenden militärisch-or-

Die Zeit nach der mißlungenen Märzaktion 1921 im mitteldeutschen Industriegebiet wurde von der KAPD in zweifacher Hinsicht genutzt. Zum einen wurde in den Versammlungen der Ortsgruppen, (1) in den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke (2), in den Sitzungen des Zentralausschusses (3) und des Geschäftsführenden Hauptausschusses (4) das taktische Vorgehen der Partei im Zusammenhang mit dem am 19.3.1921 begonnenen Einmarsch bewaffneter Kräfte der Berliner Sicherheitspolizei in das mitteldeutsche Industriegebiet und dem daraufhin von der VKPD und KAPD am 21.3. 1921 ausgerufenen Generalstreik einer Bestandsaufnahme unterzogen. (5) Hierbei stand die Arbeit des von beiden kommunistischen Parteizentralen in Berlin gebildeten Gemeinsamen Kampfausschusses, die sich im wesentlichen auf die Agitation im umkämpften mitteldeutschen Gebiet beschränkte, das unter mangelnder Kooperation leidende Zusammenwirken von VKPD und KAPD-Vertretern in Gemeinsamen Aktionsausschüssen im Kampfgebiet, die hieraus resultierenden militärisch-or-

organisatorischen Schwächen und Unzulänglichkeiten, die eigenen organisatorischen Schwächen, (6) die auf mangelnder Kooperation und Koordination beruhten, im Mittelpunkt der Analyse. (7)

Wenn auch die KAPD-Zentrale sich bemühte, das Scheitern der Märzaktion vordergründig bei der "putschistischen" VKPD auszumachen und eigene Fehler und Schwächen und Fehleinschätzungen der Lage zu vertuschen versuchte (8), wurden doch parteiintern die bei der Märzaktion zu Tage getretenen Struktur- und Organisationsschwächen dazu benutzt, in den Monaten nach der gescheiterten Märzaktion die Partei zu reorganisieren. (9)

Der Geschäftsführende Hauptausschuß der KAPD gab in der Folgezeit in kurzen Abständen Rundschreiben heraus, die sich gezielt mit den während der Märztagung gemachten Erfahrungen im Kampfgebiet auseinandersetzen und auf die dabei aufgetretenen Organisationsmängel hinwiesen. (10) In weiteren Rundschreiben an die Bezirke und Ortsgruppen machte er konkrete Verbesserungsvorschläge für die Reorganisation der darniederliegenden Parteigliederungen im mitteldeutschen Gebiet, für die Stabilisierung der Ortsgruppenarbeit im Reich, für die systematische Erweiterung der Tätigkeitsfelder der Ortsgruppen sowie für die Arbeit der Funktionskörper. (11)

Zum anderen vernachlässigte die Parteizentrale der KAPD aber zu keiner Zeit die Vorbereitungen für den im Sommer 1921 stattfindenden III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale trotz der Märzaktion und der sich daran anschließenden Reorganisationsbemühungen. Seitens der Parteizentrale wurden Kontakte zu linken Gruppierungen anderer Länder hergestellt, "um eine oppositionelle Plattform in der KI zu schaffen, von der aus eine Revision der 21 Leitsätze angestrebt und ein Generalangriff gegen den "Opportunismus und die Passivität" der 3. Internationale unternommen werden sollte." (12)

Kurz vor Beginn des 3. Weltkongresses rühmte sich die KAPD-Führung ihrer Kontakte zu den Glasgow-Kommunisten und

zu Teilen der Sylvia Pankhurst Gruppe in England, (13) zu den holländischen Marxisten Pannekoek, Gorter, Roland-Holst und Luteraan, (13a) zur Richtung Varine/Martinet in Frankreich, zu belgischen Kommunisten um die Zeitung "L'ouvrier Communist", (14) zu antiparlamentarischen Strömungen in Skandinavien und Südafrika, (14a) zur bulgarischen kommunistischen Linken um die "Iskra", (15) zu den Industrial Workers of the World (IWW) in Amerika (16) und zu den "proletarisch-revolutionären Kreisen" in der KPdSU um Ignatow. (17)

Die Parteizentrale der KAPD machte sich dabei aber keine allzu großen Hoffnungen auf einen Kurswechsel innerhalb der Kommunistischen Internationale zu ihren Gunsten. In verschiedenen Leitartikeln der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung vor Beginn des 3. Weltkongresses (18) machte die Parteiführung ihre Erwartungshaltung an den Kongreß deutlich. Zum einen ging sie realistisch davon aus, daß der Kongreß im großen und ganzen die Linie einhalten würde, die durch die vom 2. Kongreß angenommenen Leitsätze vorgezeichnet war, (19) zum anderen rechnete sie damit, während des Kongresses ausgeschlossen zu werden bzw. durch den Verlauf des Kongresses und die dort gefaßten Beschlüsse gezwungen zu werden, selbst aus der KI auszutreten. (20)

Die Parteiführung verband mit der Teilnahme einer Delegation am Weltkongreß die Absicht, die oppositionellen Gruppen auf dem Kongreß zusammenzufassen, ihren oppositionellen Standpunkt dort zur Geltung zu bringen, was für die KAPD bedeutete, auf eine Revision der 21 Leitsätze zu drängen und darauf hinzuwirken, daß das Schwergewicht und die Leitung der 3. Internationale nach Westeuropa verlegt und daß die Taktik der Kommunistischen Internationale den westeuropäischen Verhältnissen angepaßt und angewandt werde. (21) Auf dem 3. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Juni-Juli 1921) war die KAPD durch 4 Delegierte vertreten, es handelte sich dabei um Jan Appel (Hempel) und um Alexander Schwab (Sachs) von der Berliner Parteiführung sowie um einen Metallarbeiter aus dem Leipziger KAPD-Vor-

stand namens Mayer (Bergmann). (22) Ihnen schloß sich in Moskau der Exekutivkomiteevertreter der KAPD Bernhard Reichenbach (Seemann) an, der im März 1921 Arthur Goldstein als EKKI-Vertreter abgelöst hatte. (23)

Der erweiterte Zentralausschuß der KAPD hatte im Rahmen seiner Sitzung am 5. Juni 1921 ein Telegramm an seine in Moskau weilenden Kongreß-Delegierten versandt, in dem er noch einmal nachdrücklich den Handlungsspielraum der Delegierten auf dem Kongreß absteckte: (24)

"An die Delegierten der KAPD.

Der erweiterte Zentralausschuß der KAPD. erklärt:

1. Die Zugehörigkeit der KAPD. zur 3. Internationale (sympathisierend oder vollberechtigt) bleibt abhängig von der Unantastbarkeit des Programms.
2. In der Frage der Verschmelzung mit der VKPD. ist jedes Ultimatum abzulehnen.
3. Die Delegierten erhalten die Vollmacht, unter Umständen den sofortigen Austritt aus der 3. Internationale zu erklären."

Auch seine Erwartungen an den 3. Weltkongreß gab der Zentralausschuß in derselben Sitzung in einem Telegramm an den Kongreß kund: (25)

"An den Kongreß:

Die KAPD. begrüßt den 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Sie erwartet, daß der Kongreß Richtlinien faßt, die im Interesse der Weltrevolution im allgemeinen und den Interessen der Revolution in Westeuropa im besonderen gerecht werden. Nur eine Taktik, welche die Zertrümmerung der konterrevolutionären Gewerkschaften, den Aufbau der Betriebsorganisationen (Unionen) verfolgt und aktiv jede Art parlamentarischer Politik bekämpft, dient den Lebensinteressen des Weltproletariats."

Die KAPD-Delegation, die bereits seit Mitte Mai 1921 in Moskau weilte, versuchte dort unermüdlich ihrem Auftrag gerecht zu werden. Vor Beginn des Kongresses ging sie an die Verwirklichung des einen ihr gesteckten Ziels, an die Errichtung einer linken Fraktion auf dem Kongreß, um von dieser Plattform aus gegen die 21 Leitsätze vorzugehen und ihre antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Positionen zu vertreten. (26) Die Delegation nahm kurz nach ihrer Ankunft in Moskau die ersten Kontakte zu den Kongreß-Delegierten von Bulgarien, Mexiko, Spanien, Luxemburg, Belgien, England, zu den Vertretern der nordamerikanischen IWW; zur Vertreterin der holländischen Minderheit Henriette Roland-Holst und zu einzelnen Delegierten der österreichischen Delegation auf. (27) Es stellte sich aber alsbald heraus, daß es sich bei ihrem Vorhaben, eine linke Fraktion auf dem Kongreß zu bilden, um ein unmögliches Unterfangen handelte. Die Delegation der KAPD versuchte in den 3 Fragen: Parlamentarismus, Gewerkschaften und "Überzentralisation" der Kommunistischen Internationale eine gemeinsame Oppositionsgrundlage zu schaffen. Es gelang ihr aber nicht. Daraufhin versuchte sie wenigstens in einer dieser Fragen ein geschlossenes Vorgehen der Opposition zu erreichen, wofür in der Frage des Parlamentarismus nach Auffassung der KAPD-Delegierten die meiste Aussicht bestand. Aber auch das mißlang. Nach Meinung der Delegation scheuten alle angesprochenen Delegationen davor zurück, aus der 3. Internationale ausgeschlossen zu werden. (28) Die KAPD-Delegation war demnach auf dem Kongreß völlig auf sich alleine gestellt. (29)

Die KAPD-Delegierten trafen im offiziellen Moskau ein eisiges Klima an, in der russischen Presse und im Zentralorgan der Kommunistischen Internationale waren vor Beginn des Kongresses unsachliche Darstellungen über die Ziele und die Politik der KAPD abgegeben worden. (30) In den Gesprächen, die die KAPD-Vertreter vor Beginn des Kongresses mit sowjetischen Parteiführern hatten, darunter auch mit Lenin, (31) trafen sie auf eine eindeutige Ablehnung ihrer

Ansichten und Standpunkte. Auch in den vor der Kongreßöffnung stattgefundenen Sitzungen des Exekutivkomitees, wo nochmals die Linien des Kongresses abgesteckt wurden, waren den anwesenden KAP-Delegierten deutlich gemacht worden, daß sie mit keiner Abweichung von der bisherigen Politik des Exekutivkomitees zu rechnen hätten. (32)

Auf dem Kongreß selbst wurden die Handlungsmöglichkeiten der KAPD-Delegation durch die Kongreßleitung in einem unerträglichen Ausmaß eingeschränkt. So wurde die Redezeit der KAP-Delegierten eingeschränkt (33), die Tagesordnung zu ihren Ungunsten manipuliert, (34) die von der Delegation bei den vom Kongreß eingerichteten Kommissionen zum Bericht des EKKI, zur Weltwirtschaftslage, zur Taktik, zur Gewerkschaftsfrage und zur Taktik der Russischen Kommunistischen Partei (R.K.P.) eingereichten Thesenpapiere wurden nicht an den Kongreß weitergeleitet. Dem Kongreß wurden nur die Thesen unterbreitet, die vom engeren Büro stammten. Auch die von der KAP-Delegation zu den einzelnen Fragen beantragten Korreferate wurden von der Kongreßleitung nicht zugelassen. (35)

Bereits zu Beginn des Kongresses ließ Sinowjew im Rahmen des von ihm erstatteten Berichts über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Komintern die Kongreßdelegierten darüber nicht im unklaren, daß die Kommunistische Internationale zukünftig die weitere Existenz von 2 kommunistischen Parteien in einem Land nicht mehr dulden werde und daher für die KAPD demnach nur die Möglichkeit bestehe, entweder als integrierender Bestandteil der VKPD beizutreten oder die Kommunistische Internationale zu verlassen. (36) Sinowjew machte dabei auch deutlich, daß im Falle der Weigerung seitens der KAPD in die VKPD überzugehen, auch der bisher von der KAPD innegehabte Status eines sympathisierenden Mitglieds der Kommunistischen Internationale nicht mehr weiter aufrecht zu halten sei. (37)

Sinowjew versuchte in seiner Rede, die sich vor allem durch ihre Arroganz und Überheblichkeit gegenüber den KAPD-Delegierten auszeichnete, durch die Wiedergabe von zum

Teil herausgerissenen Zitaten aus Broschüren und Zeitungsartikeln der KAPD, (38) diese "in eine extrem antisowjetische Position und auf eine gemeinsame politische Linie mit Serrati und Dittmann zu manövrieren." (39)

Obwohl sich die KAP-Delegierten mutig und geschickt gegen die Anwürfe Sinowjews zur Wehr setzten (40) und in gelungenen Diskussionsbeiträgen zu Trotzki's Referat über "Die wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der Kommunistischen Internationale", (41) in der Diskussion über die Gewerkschaftsfrage, (42) zu Radek's Referat über die Taktik der Kommunistischen Internationale (43) und zum Referat Lenins über die Taktik der Kommunistischen Partei Rußlands (44) ihre Positionen einbrachten, konnten sie trotzdem nicht verhindern, daß die von der EKKI-Führung propagierte Linie, die auf Ausschluß der KAPD aus der Internationale hinzielte, schließlich zum Durchbruch kam. Sinowjew und Radek stellten der K.A.P.D. im Namen des EKKI ein Ultimatum, das auch die Zustimmung des Kongresses fand, wonach die Partei aufgefordert wurde sich innerhalb einer Frist von 2 bis 3 Monaten mit der VKPD zu verschmelzen, anderenfalls sie den Ausschluß aus der Kommunistischen Internationale zu gegenwärtigen habe (45) Die KAP-Delegierten lehnten dieses Ultimatum rundweg ab. Sie erklärten aber, trotz der ihr vom Zentralausschuß gegebenen Vollmachten, nicht den Austritt aus der Kommunistischen Internationale, um die Mitglieder der Partei auf einem Parteitag darüber selbst entscheiden zu lassen. (46)

In Deutschland wurde das Ultimatum des 3. Weltkongresses von der Parteiführung als Verrat an der proletarischen Revolution bezeichnet (47) und der Verlauf des Kongresses in der Parteipresse als "Vergewaltigung der Revolution durch die Moskauer Internationale" bewertet (48) Die KAPD Führung, "nun ihrer letzten Hoffnung auf ein Arrangement mit der KI beraubt und nahezu vollkommen auf sich alleine gestellt" (49), forderten in einem Appell an "das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt" zu einem erbitterten Kampf gegen die reformistische 3. Internationale auf. (50)

Die Parteigliederungen wurden nach dem Bekanntwerden (51) des Moskauer-Ultimatums aufgefordert, Mitgliederversammlungen und große öffentliche Versammlungen einzuberufen (52), auf denen die Ergebnisse des 3. Weltkongresses diskutiert und zum Ultimatum Stellung bezogen werden sollte. (53) Eine große Anzahl von Ortsgruppen der KAPD kam dieser Aufforderung der Parteiführung nach und berief entsprechende Versammlungen ein, auf denen wortstark gegen den Moskauer Beschluß protestiert wurde und die Haltung der KAPD-Delegation auf dem 3. Weltkongreß gutgeheißen wurde. (54) Die von der Mitgliederversammlung der KAPD, Hamburg, am 12.7.1921 in dieser Angelegenheit einstimmig verabschiedete Resolution steht beispielhaft für Resolutionen anderer KAPD-Ortsgruppen (55):

"Die Hamburger Ortsgruppe der KAPD, erblickt im Verlauf des dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale eine weitere Sanktionierung des internationalen sozialdemokratisch-kommunistischen Opportunismus und damit eine eindeutige Absage an proletarisch-revolutionäre Politik im Sinne der westeuropäischen Revolution.

Angesichts der ultimativen Aufforderung des Dritten Weltkongresses an die KAPD; sich mit dem Opportunismus der VKPD zu vereinigen, hält sie es für selbstverständlich, daß die Partei der Dritten Internationale unverzüglich ihre sympathisierende Mitgliedschaft aufkündigt, um den Kampf für die Umformung der Kommunistischen Internationale nunmehr außerhalb derselben mit allen Mitteln fortzuführen. Ein Zusammenschluß aller mit uns gleichgerichteten Organisationen muß sofort angebahnt werden." (56)

Auch auf den im Anschluß an die Bekanntgabe des Moskauer Ultimatums stattgefundenen Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke Groß-Berlin (57), Nord (58), Pommern (59), Thüringen (60), Mitteldeutschland (61) wurde das Ultimatum scharf verurteilt und das Verhalten der KAPD-Delegation auf dem Kongreß gutgeheißen.

Auf der am 31. Juli 1921 in Berlin stattgefundenen Sitzung des Zentralausschusses der KAPD (62), auf der 17 Wirtschaftsbezirke der Partei durch 14 Delegierte vertreten wa-

ren (63), wurde der Bericht der nach Moskau entsandten Kongreß-Delegation entgegengenommen (64). Auf Drängen der Parteiführungsgruppe um Karl Schröder, wurde gegen die Stimmen der Vertreter der Wirtschaftsbezirke Hannover und Ost-sachsen, bei Stimmenthaltung des Wirtschaftsbezirks "Groß-Berlin" eine Resolution angenommen, die den Bruch mit der 3. Internationale "im Prinzip als vollzogen bezeichnete und als primäre Aufgabe der KAPD und des Weltproletariats nunmehr den Aufbau einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (KAI) propagierte." (65) Die Resolution hatte den nachfolgenden Wortlaut:

1. "Der Zentralausschuß ist der Auffassung, daß durch den Verlauf des 3. Weltkongresses im Prinzip der Bruch mit der Moskauer Internationale vollzogen ist.

Der Zentralausschuß erblickt mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten des internationalen Klassenkampfes den Aufbau einer kommunistischen Arbeiter-Internationale für die dringendste Aufgabe des revolutionären Welt-Proletariats. Der Zentralausschuß ist weiterhin der Auffassung, daß Grundsätze, Taktik und Organisationsform dieser kommunistischen Arbeiter-Internationale angepaßt sein müssen den Kampfbedingungen der proletarischen Revolution.

2. Der Zentralausschuß erklärt, daß unsere Politik gegenüber der russischen Sowjetregierung bestimmt wird durch deren jeweilige Haltung. Wenn die Sowjetregierung auftritt als Kampffaktor der proletarischen Revolution, muß die KAPD. sie durch aktive Solidarität unterstützen. Dort, wo sie diesen Boden verläßt und als Sachwalterin der bürgerlichen Revolution erscheint, muß sie von der KAPD. ebenso entschieden bekämpft werden." (66)

Gleichzeitig wurde ein Antrag des Wirtschaftsbezirks Sachsen-Anhalt gegen die Stimme Ost-sachsens angenommen, eine Kommission einzusetzen, "die alle Vorarbeiten betreffs eines Zusammenschlusses aller in Opposition stehenden Gruppen in allen Ländern in Angriff" nehmen sollte und gleichzeitig die notwendigen Leitsätze ausarbeiten sollte. (67)

Bereits auf der Zentralausschußsitzung stellte sich heraus, daß die Meinungen über die alsbaldige Gründung einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" auseinandergin-

gen. Während der "eigentliche Motor dieser in den ersten Monaten nach dem 3. Komintern-Kongreß mit großem Elan betriebenen Bemühungen um die internationale Zusammenfassung der Linkskommunisten" (68) der engere Kreis in der Berliner Parteispitze um Karl Schröder war, wandte sich der mitgliederstärkste Wirtschaftsbezirk der KAPD, der Bezirk "Groß-Berlin", der bis dahin als Domäne der Schröder-Gruppe galt, auf der Zentralausschußsitzung wegen der "geringen Stärke und Effektivität der KAPD und der internationalen linkskommunistischen Bewegung" (69) gegen eine sofortige Gründung einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale". Die Vertreter dieses Parteibezirkes sahen den Augenblick zur Konstituierung einer neuen Internationale, deren Notwendigkeit sie prinzipiell anerkannten, als noch nicht gegeben an. (70) Sie plädierten vielmehr dafür, die Loslösung der oppositionellen Kräfte von der 3. Internationale voranzutreiben und eine Zusammenfassung der klassenbewußten Opposition aller Länder, besonders derjenigen in den hochentwickelten Industriestaaten, zu schaffen. Nach ihrer Auffassung handelte es sich bei dem Werden einer kommunistischen Arbeiter-Internationale "um einen historischen Prozeß" (71), an dessen Ende erst die organisatorische Zusammenfassung der Linkskommunisten zu stehen habe. (72)

Die von dem Zentralausschuß auf seiner Sitzung am 31.7. 1921 eingesetzte Kommission zur Erarbeitung von Leitsätzen für eine "Kommunistische Arbeiter-Internationale" arbeitete sehr zügig, (73) sie legte bereits 2 Wochen später einen Entwurf ausgearbeiteter Richtlinien zur Frage "Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale" vor, über die der nächste Parteitag der KAPD eine Entscheidung zu fällen hatte. (74)

In den Richtlinien setzte sich die "Kommunistische Arbeiter-Internationale als Fernziel die "Verwirklichung der proletarisch-kommunistischen Epoche und als ersten Schritt dahin die Vernichtung der kapitalistischen (demokrati-

schen) Republiken und Aufrichtung der proletarischen Staatsgewalten (Rätestaaten)." (75) Diese Zielsetzung erfordere den Abbruch aller Brücken zur Bourgeoisie und ihrem Staate, also "die offene formal wie inhaltlich anti-kapitalistische Einstellung und Führung" des ganzen Kampfes. (76) Ihr höchster Richtungspunkt dürfe dabei nicht das Sonderinteresse irgendeiner "nationalen" oder der westeuropäischen Revolution sein, sondern "das Gemeininteresse des Weltproletariats: die proletarische Weltrevolution", die "internationale Rätekommune des Weltproletariats. (77)

Die diesem Postulat immanente Abkehr von der seitens der KAPD gegenüber dem Exekutivkomitee der KI der Kommunistischen Internationale häufig gebrauchten und auf den Besonderheiten der westeuropäischen revolutionären Entwicklung insistierenden Argumentation "wirft ein bezeichnendes Licht auf den Hintergrund, der die Berliner KAPD-Führung dazu veranlaßte, für die Schaffung der KAI einzutreten: die Furcht vor einer weiteren Isolierung, einem Wiederaufleben der vorübergehend neutralisierten parteiinternen Gegensätze und einer damit zwangsläufig verbundenen Fortsetzung der organisatorischen Zersplitterung." (78) Die Berliner KAPD-Führung unterlag dabei einer gründlichen Täuschung, wie sich wenig später herausstellen sollte.

Auf der am 16.8.1921 in Berlin stattgefundenen Sitzung des erweiterten Hauptausschusses der KAPD stand die Frage der internationalen Zusammenfassung der linkskommunistischen Opposition wieder im Mittelpunkt der Tagung. (79) Hermann Gorter, der sich seit Ende Juli in Berlin aufhielt, um mit dem geschäftsführenden Hauptausschuß der KAPD die Vorarbeiten für den internationalen Zusammenschluß der Linkskommunisten in Angriff zu nehmen, (80) nahm an dieser Sitzung des Hauptausschusses teil. (81) Er redete hierbei "der Bildung einer neuen kommunistischen Internationale sehr energisch das Wort." (82) Gorter ging bei seinen Ausführungen davon aus, daß die KAPD bei ihrem Vorhaben, eine neue Internationale zu gründen, fest mit der Unterstützung der holländischen, belgischen, luxembur-

gischen und bulgarischen linken Kommunisten rechnen könnte, auch von Seiten der spanischen Syndikalisten, der Glasgow-Kommunisten sowie der nordamerikanischen Industrial-Workers of the World (I.W.W.) sei mit einer Unterstützung zu rechnen. (83)

Wie schon bei der Sitzung des Zentralaussschusses am 31.7.1921 sprach sich der Vertreter des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin auf der Sitzung des Hauptausschusses "scharf gegen die kommunistische "Arbeiter-Internationale" aus". (84) Zur Verwunderung Anlaß gibt in diesem Zusammenhang die eher pessimistische Einschätzung zur Gründung der Arbeiter-Internationale, wie sie Karl Schröder, nach dem Bericht des Reichskommissars, auf dieser Sitzung vorgebracht haben soll. Er, der eigentliche Motor des Zusammenschlusses der linken Opposition, wies darauf hin, daß die Opposition "in der neuen Internationale keineswegs ein einheitliches und geschlossenes Gebilde" darstelle. (85) Selbst auf dem Moskauer Kongreß "sei es nicht gelungen, dem Exekutivkomitee eine geschlossene Opposition gegenüber zu stellen." (86) Schröder empfahl "zunächst im Anschluß an den Parteitag eine Konferenz der Oppositionsgruppen abzuhalten und erst nach dieser die Form der internationalen Zusammenfassung festzulegen. (87) Die auf der Tagung des Hauptausschusses anwesenden sonstigen KAPD-Vertreter hielten die Gründung der Arbeiter-Internationale "für zweckmäßig". (88)

Die endgültige Entscheidung über das zukünftige Verhältnis der KAPD zur Kommunistischen Internationale, die Entscheidung über die Konstituierung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale und die Klärung des Verhältnisses der Partei zur AAU. sollte auf einem Parteitag getroffen werden.

Der erweiterte Zentralaussschuß der KAPD hatte sich auf seiner Sitzung am 31.7.1921 gegen die Stimmen des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages am 28. August 1921 nach Berlin ausgesprochen. (89) Die Vorbehalte des Berliner Parteibe-

zirks richteten sich nicht gegen die Einberufung des Parteitages als solchen, sondern gegen die frühe Terminierung des Parteitages, die es der Partei unmöglich mache innerhalb einer kurzen Frist alle Fragen gründlich in den Mitgliedschaften durchdiskutieren zu lassen. (90) Der Geschäftsführende Hauptausschuß der KAPD wandte sich zur Vorbereitung des Parteitages mit dem nachfolgenden Rundschreiben vom 8. August 1921 an die Mitglieder der Partei: (91)

Liebe Genossen!

Der erweiterte Zentralaussschuß der Partei hat sich einstimmig für einen außerordentlichen Parteitag am 28. August entschieden. Bei Würdigung der dem entgegenstehenden Schwierigkeiten waren ausschlaggebend folgende Gründe:

Entscheidend ist die Berücksichtigung der Lage der K.A.P.D. (nach Abschluß des Moskauer Kongresses) in der internationalen Arbeiterbewegung. Diese Lage ist schwer, aber ausserordentlich günstig und aussichtsreich, wenn die K.A.P. es versteht, schnell und entschlossen im Denken und Handeln vorzugehen. Sie hat heute jene Position, die ihr schon immer als die wünschenswerte erschien. Sie ist jetzt wirklich (international) der Mittelpunkt, um den sich die eigentliche proletarische revolutionäre Bewegung aller Länder zu kristallisieren beginnt. Obwohl sie als grundsätzliche Opposition in Moskau allein stand, war von überall her bei einzelnen Delegierten und bei Vertretern verschiedener oppositioneller Gruppen die Bewegung zur K.A.P.D. festzustellen. Ganz deutlich auch auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Die Diskussion über Thesen und Leitsätze der K.A.P.D. zu sämtlichen entscheidenden Praktiken revolutionärer Politik wird überall einsetzen. In drei Sprachen gehen diese Leitsätze in alle Welt. Wie bedeutend die Wirkung der K.A.P.D. schon jetzt ist, wird vielleicht am deutlichsten daran, daß dieser Riesenkongreß mit 400 - 600 Delegierten ein einziger (freilich völlig vergeblicher) Ansturm gegen die K.A.P.D. war. Dabei mußte man sich immer wieder auf Kleinigkeiten, Mätzchen und Demagogie stützen, ohne überhaupt die Möglichkeit zu haben, auch nur an einer Stelle grundsätzlich versuchen zu können die K.A.P.D. aus den Angeln zu heben.

Dagegen wurde dieser Kongress gerade durch die K.A.P.D. gezwungen restlos seinen Charakter zu enthüllen als rasender Übergang zum Opportunismus, völlige Unterordnung unter russische Staatsinteressen, Bruch mit den letzten Notwendigkeiten proletarischer Revolution. (S. KAZ Nr. 219/21)

Es ist klar, daß jetzt so schnell wie möglich eine internationale Konferenz stattfinden muß unter Leitung der K.A.P.D.

Auf dieser Konferenz muß die K.A.P.D. als völlig klar

in sich geschlossener Block auftreten. Ihre Grundprinzipien stehen unverändert fest. Ihre taktische Linie ist ebenfalls einheitlich. Aber es kommt jetzt eine neue, bisher noch wenig diskutierte Frage hinzu. Unsere Stellung zur Internationale an sich. (Vergl. dazu K.A.Z. Nr. 220). Diese Frage wird natürlich mit dem Wachsen der proletarischen Internationale immer erneut erörtert werden. Aber wir glauben, daß sie im Augenblick von der ganzen K.A.P.D. gleichfalls einheitlich im Sinne des Aufrufs betrachtet werden wird.

Es ist auch selbstverständlich, daß nach Abschluss des Kongresses mit seiner ganz scharfen Festlegung auf rein russische und damit fast ausschließlich bäuerlich-antimonistische Interessen, unser Kampf gegen diese III. Internationale sowohl wie gegen jenen Teil der russischen Staatspolitik, der offenbar die Revolution sabotiert, verschärft werden muß. Die Resolution der Zentralaussschußsitzung bildet hier die Diskussions-Grundlage.

Mit aller Energie und in Anbetracht alles dessen, was auf dem Spiel steht, müssen diese Fragen von allen Mitgliedern gründlich diskutiert werden. Eine oder mehrere ausserordentliche Mitgliederversammlungen werden stattfinden müssen.

Die Frage der Stellung zur V.K.P.D. ist klar. Diese Partei ist jetzt völlig in der Hand der Leviten. Die "Rote Fahne" zeigt das deutlich. Ihre Zentralaussschußsitzung hat schwere Kämpfe gehabt und keine Einigung erzielt. Ihr eigener Leitartikel gibt das zu. In der K.A.P. Frage sind ihre Mitgliedschaften völlig zerfallen. Dieser V.K.P. Kadaver existiert nur noch durch das russische Geld und kann natürlich mit Geld noch lange existieren. Als revolutionäre Partei ist er eben nur Kadaver. Wir müssen sachlich, aber ganz brutal zuschlagen. Die Korruption ist übergroß und der feige Umfall so vieler "Linken" die jetzt durch "Rechte" Artikel sich zu halten versuchen, wird uns diese Arbeit leicht machen.

Weiterhin wird der Parteitag die Ergebnisse aus den Auseinandersetzungen der K.A.P.D. mit der Union ziehen und die neuen Aufgaben der Union aufzeigen. Außer Vertretern der A.A.U. werden Vertreter der Gelsenkirchener Union und des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter zum Parteitag eingeladen werden. (Der "Kampftruf" muß in diesen Wochen unbedingt von jedem Genossen gelesen werden.)

Diese wichtigsten Fragen müssen zu einem gewissen Abschluss gebracht werden. Die Jugendfrage und Agrarfrage (wovon die letztere durch Untersuchungen und Vergleiche gelegentlich der Bauernpolitik in Russland mehr noch theoretisch wie praktisch Interesse hat), müssen durch eingehende Debatten vertieft werden.

Wenn über diese Dinge auf dem Parteitag gesprochen werden muß, so kann wohl eingewendet werden, dass im Kern schon der Gothaer Parteitag zu allem Stellung genommen hat und wir deshalb doch noch warten könnten. Demgegenüber ist aber zu sagen: Ist der Gothaer Parteitag zwar reich an Inhalt gewesen, so trug er doch noch in hohem Grade internen

Charakter. Die Internationale weiß nicht viel davon. Dieser Parteitag muß und wird aber ein neuer Gründungsparteitag werden, der Gründungsparteig der proletarischen Internationale. Alle Oppositionen der Internationale erwarten von uns schnellstes Handeln.

Zeitung und Proletarier 8 (der bis 15. erscheint) sollen alles nur mögliche Material bringen. Zwei oder drei Rundschreiben werden es durch das interne Material ergänzen.

Thesen zur Internationale, über die der Parteitag entscheiden soll, werden nächste Woche abgedruckt.

Eine Kommission verarbeitet das Gerippe zu einem ergänzten und verbesserten Programm, d.h. zu einem Programm, das den heutigen ökonomischen Tatsachen Raum gibt, die Frage der Union international behandelt, zur Internationale selbst eingehender als bisher Stellung nimmt usw.. Es dreht sich also nicht um eine Umstoßung des bisherigen Programms. Im Gegenteil. Aber um Vertiefung und Erweiterung.

Über die russische Politik wird eine besondere Broschüre noch vor dem Parteitag erscheinen; zwei große Arbeiten über proletarische Wirtschaft und proletarischen Staat bald nach dem Parteitag, als das wissenschaftliche Material für die kommende Zeit.

Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß unnötige Debatten darüber zu vermeiden sind, ob wir denn überhaupt hätten uns als Sympathisierende in die III. Internationale aufnehmen lassen sollen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß nur diese Aufnahme uns die jetzige glänzende internationale Situation verschafft hat.

Wir rechnen auf eine drei-, viertägige Dauer des Parteitages. Wir werden alle nur erreichbaren Vertreter der internationalen Opposition einladen.

Wir schlagen vor, daß die Bezirke beschließen, auch aus den Unterbezirken Vertreter zu entsenden. Vielleicht jeder Bezirk zwei, jeder Unterbezirk einen.

Für Gäste werden Gastkarten wie in Gotha durch die Partei ausgegeben. Wir bitten rechtzeitig um Mitteilung der Delegiertenzahl wegen Quartierbeschaffung.

Genossen! Geht mit aller Kraft an die Arbeit. Dieser Parteitag muß durch einen möglichst großen Funktionärkörper den eindeutigen Willen der Gesamtpartei zum Ausdruck bringen, eine wirkliche K.A.P. zu sein d.h. reiner Klassenkampf, proletarische Revolution, internationaler Klassenkampf.

Zeigt, daß Ihr Eurer großen geschichtlichen Aufgabe gewachsen seid, den größten, die bisher das klassenbewusste Proletariat zu leisten hatte.

Es lebe die K.A.P.D.

Berlin, den 8. August 1921
Geschäftsführender Hauptausschuß.

Nachdem der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin im Anschluß an die Sitzung des Zentralaussschusses wiederholt gegen die schnelle Einberufung des Parteitages zum 28. August 1921 Protest eingelegt hatte und den Zentralaussschuß aufgefordert hatte, die Einberufung um 14 Tage zu verschieben, um die Mitglieder ausreichend über die wichtigsten Punkte zu informieren (92), und dieser Protest von anderen Wirtschaftsbezirken unterstützt wurde (93), entschied der erweiterte Zentralaussschuß der KAPD den Parteitag statt am 28.8. nunmehr am 11.9 1921 beginnen zu lassen (94).

Da den Mitgliedern der Partei, ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der provisorischen Tagesordnung des Parteitages (95), trotz der Verschiebung des Parteitages um 14 Tage, nur 3 Wochen Zeit blieb, den Parteitag vorzubereiten, verwundert es nicht, daß auf den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke und den Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen nur 2 der vorgeschlagenen 11 Tagesordnungspunkte (96), intensiver behandelt wurden:

- die Stellungnahme der Parteigliederungen zum Bericht der Delegation vom 3. Weltkongreß sowie
- die Haltung der Parteimitglieder zur Frage der Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale.

Während die Haltung der KAPD-Delegation auf dem 3. Weltkongreß von den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke Groß-Berlin (97), Nord (98), Pommern (99), Thüringen (100) einhellig gebilligt wurde, auch von den Mitgliederversammlungen mehrerer Ortsgruppen wie z.B. Karlsruhe (101), Düsseldorf (102), Groß-Frankfurt (103) und Essen (104) kamen zustimmende Voten zur Haltung der Delegation in Moskau zustande, war die Haltung der Parteigliederungen zur Frage der Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationa-

le gespalten.

Bei dieser Frage machten sich die Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke Spandau-Osthavelland (105) und Pommern (106) die ablehnende Haltung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin hinsichtlich der Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale zum "jetzigen Zeitpunkt" zu eigen. (107) Die Wirtschaftsbezirke Hannover und Ostachsen hatten sich bereits auf der Zentralaussschußsitzung am 31.7.1921 gegen eine solche Konstituierung ausgesprochen. (108) Die Mitgliederversammlungen der Wirtschaftsbezirke Nord (109), Mitteldeutschland (110), Thüringen (111) hingegen stellten sich ausdrücklich hinter die Resolution des Zentralaussschusses vom 31.7.1921, in der sich für eine sofortige Konstituierung der Arbeiter-Internationale ausgesprochen worden war. Der Wirtschaftsbezirk Sachsen-Anhalt hatte sich bereits auf der Zentralaussschußsitzung für eine alsbaldige Gründung derselben ausgesprochen. (112)

Nachdem eine Mitgliederversammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin bereits am 12.8.1921 einen Antrag hinsichtlich der Ablehnung der Schaffung einer Arbeiter-Internationale formuliert und diesen zur Beschlußfassung an den kommenden Parteitag weitergereicht hatte, (112) verabschiedete eine am 28.8. 1921 in Berlin tagende Funktionärskonferenz des Wirtschaftsbezirks Abänderungsvorschläge für die Richtlinien zur Frage "Die 3. Internationale und die Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale" (114) In diesen Abänderungsvorschlägen wurde seitens des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin noch einmal konstatiert, daß eine kommunistische Arbeiter-Internationale organisch heranwachsen müsse, ihre Organisation könne "nicht von oben diktiert" werden, sondern müsse "von unten herauf" geschaffen werden. (115)

In die Zeit der Vorbereitungen auf den Parteitag fiel das "Offene Schreiben der Exekutive der 3. Internationale an die Mitglieder der KAPD.". Der Geschäftsführende Hauptausschuß der KAPD gab das Schreiben kurz vor Beginn des Parteitages in der Kommunistischen Arbeiterzeitung zur Ver-

öffentlichung frei. (116) Bei den Parteigliederungen der KAPD hatte der Brief der Exekutive keine nennenswerte Resonanz mehr hervorgerufen. Für die große Mehrheit galt der Bruch mit der 3. Internationale durch den Verlauf des Weltkongresses bereits als vollzogen. Dieser Haltung der Partei zur 3. Internationale entsprach denn auch der Inhalt eines Antwortschreibens der KAPD auf den Offenen Brief der Exekutive, den der Geschäftsführende Hauptausschuß am 23.8.1921 an das Exekutivkomitee der 3. Internationale richtete. (117)

Hatte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in einer Sitzung am Rande des 3. Weltkongresses noch einen Beschluß gefaßt, eine Delegation zum Parteitag der KAPD zu entsenden, um hier die Sache der Kommunistischen Internationale zu vertreten, (118) so wurde diese Entscheidung kurze Zeit später widerrufen. Wegen der Herausgabe von Broschüren und dem Erscheinen von Artikeln in der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung nach dem 3. Weltkongress, in denen nach Auffassung des Exekutivkomitees eindeutig ein gegenrevolutionärer Standpunkt eingenommen worden wäre, sah sich die Exekutive gezwungen, eine neue Haltung gegenüber der KAPD einzunehmen. Danach wurden alle Beziehungen seitens des Exekutivkomitees zu den Führern der KAPD, namentlich zu Gorter und Schröder abgebrochen, die Entsendung einer Delegation zum Parteitag der KAPD verweigert und jede Vereinigung mit der KAPD so lange für unmöglich erachtet, bis sich die Partei offen gegen die gegenrevolutionären Ideen in den genannten Broschüren und Artikeln ausgesprochen habe. (119)

An dem außerordentlichen Parteitag der KAPD, der vom 11. bis 14. September 1921 in Berlin stattfand, nahmen 46 Delegierte teil (120), die 21 Wirtschaftsbezirke der Partei vertraten. Somit waren nach Angaben der Mandatsprüfungskommission des Parteitags 41 473 Parteimitglieder durch Dele-

gierte auf dem Parteitag vertreten, 3 Wirtschaftsbezirke mit ca. 4000 Mitgliedern waren in Berlin nicht vertreten. (121) Weiterhin nahmen an dem Parteitag die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, Mitglieder der Redaktion der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung, die kurz vor und während des Parteitages durch polizeiliche Maßnahmen am Erscheinen gehindert worden war, (122) Vertreter der Allgemeinen Arbeiter-Union, eine Delegation der Erwerbslosen, der Union der Hand- und Kopfarbeiter sowie Delegierte der Jugendorganisation der Partei teil. Das Parteitagsgeschehen verfolgten ca. 180 Gäste, darunter 4 Vertreter der kurz zuvor gegründeten holländischen K.A.P. mit Hermann Gorter an der Spitze, der Vertreter der "Linken der Kommunistenpartei Bulgariens" Prodanoff sowie der Vertreter der "Revolutionären Organisation der Kommunisten" Südslawiens, Grulowitsch. (123) Vom 11. bis 13.9. tagte der Parteitag öffentlich, der 4. Verhandlungstag am 14.9.1921 war internen Beratungen vorbehalten, hier war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. (124)

Den Vorsitz des Parteitages hatte Emil Sach inne, (125) der unter dem Pseudonym Erdmann auftrat. (126) Zum 1. Tagesordnungspunkt (politische Lage) referierte Bernhard Reichenbach, (127) unter dem Pseudonym Seemann. (128) Den Bericht der KAPD-Delegation vom 3. Weltkongreß erstattete Alexander Schwab (Pseudonym Sigrist) (129), der von Jan Appel (Pseudonym Arndt) ergänzt wurde. (130) Über die Entwicklung und die Perspektiven der russischen Revolution (Top. 3) referierte Arthur Goldstein (Pseudonym Stahl). (131) Den herausragenden Tagesordnungspunkt des Parteitages "Die 3. Internationale und die Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Arbeiter-Internationale" behandelte der Kieler KAPD-Vertreter Dethmann. (132) Den Bericht vom Gründungskongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI), der im Juli 1921 in Moskau stattgefunden hatte, (133) erstattete das Mitglied der Moskauer AAU-Delegation Meyer (134) unter dem 5. Tagesordnungspunkt. Zur Frage des Verhältnisses der KAPD zur AAU (6. Top.) refe-